

FREIE SICHT



Reiner Eichenberger

Professor an der Universität Freiburg

Wann wacht das Seco auf?

Das Schweizer Bevölkerungswachstum ist wieder auf Rekordkurs. Hauptgrund: Zuwanderung infolge Personenfreizügigkeit. Die Ukraine-Flüchtlinge kommen erst später in die Statistik. Das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) jubelt dazu in seinem jährlichen «Bericht des Observatoriums zum Freizügigkeitsabkommen Schweiz-EU»: Die hohe Zuwanderung sei gut und helfe, den Arbeitskräftemangel zu dämpfen. Das ist falsch. Zwar hilft die Zuwanderung, offene Stellen zu besetzen. Aber sie schafft auch wieder ähnlich viele neue offene Stellen. Schnelles Bevölkerungswachstum heisst mehr Konsum und Investitionen. Das bringt den Einheimischen keinen Nutzen, weil es Arbeit und Ressourcen verbraucht, die dann anderswo fehlen. Deshalb jammern die Firmen immer gleich über Personalmangel und deshalb glaubt auch niemand, der Arbeitskräftemangel habe in den 15 Jahren voller Personenfreizügigkeit abgenommen. Aber klar: Viele Firmen stellen lieber Zugewanderte ein, als knappe Einheimische mit höheren Löhnen anzulocken. Denn die Kosten des Bevölkerungswachstums tragen nicht sie, sondern die Allgemeinheit.

«Der Bund beachtet die wahren Probleme nicht.»

Das Seco geht in keiner Weise auf die wahren Probleme mit dem schnellen Bevölkerungswachstum ein: Verknappung und Verteuerung von Boden, Wohnraum, Infrastruktur, Ausbildungsplätzen, Energie, Umweltgütern, CO₂-Reduktion und Selbstversorgungszielen. Aus ökonomischer Sicht war immer klar: In flexiblen Arbeitsmärkten hat Zuwanderung keine negativen Auswirkungen auf die Beschäftigung der Inländerinnen und Inländer, weil die Zuwanderung neue Arbeitsplätze schafft. Aber schnelles Bevölkerungswachstum hat negative Auswirkungen auf die Lebensqualität der Inländer, eben weil es neue Knappheiten in vielen anderen Bereichen schafft. Das Gemeine daran ist, dass diese grossenteils nicht negativ ins Bruttoinlandprodukt einfließen, sondern es sogar noch aufblähen.

Das Seco wäscht seine Hände in Unschuld. Sein vom Bundesrat erteiltes Mandat ist, ausschliesslich die Wirkung der Personenfreizügigkeit auf den Arbeitsmarkt und die Sozialversicherungen zu observieren, aber keines der wahren Probleme. Daraus folgt zweierlei: Erstens hat das «Observatorium zum Freizügigkeitsabkommen» den falschen Namen. Ein Observatorium ist etwas mit einer breiten Perspektive. Das Seco hingegen liefert eine verordnete Froschperspektive. Zweitens fragt sich, wie lange da das Seco noch mitmacht. Dort gibt es Leute, die die wahren Probleme kennen. Aber sie dürfen sie nicht observieren. Wann also sagen sie endlich: «Unser Mandat ist viel zu eng. Wir müssen die wahren Probleme anschauen.»

In dieser Kolumne schreiben Isabel Martínez, Ökonomin an der Konjunkturforschungsstelle (KOF) der ETH Zürich, Reiner Eichenberger, Professor für Finanz- und Wirtschaftspolitik an der Universität Freiburg, Ökonom Klaus Wellershoff von Wellershoff & Partners sowie der «Handelszeitung»-Co-Chefredaktor Markus Diem Meier.